

Mobilität sozial gerecht gewährleisten

Fachgespräch der LINKEN zum fahrscheinlosen Öffentlichen Personennahverkehr

Bei der Linksfraktion im Thüringer Landtag fand auf Einladung der Bundestagsabgeordneten der LINKEN, Sabine Leidig, im Dezember ein Fachgespräch zum fahrscheinlosen Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) statt. Alle Teilnehmer begrüßten, dass im Koalitionsvertrag zwischen den Parteien DIE LINKE, der SPD und Bündnis90/Die Grünen in Thüringen festgelegt wurde: „Es sollen die rechtlichen Voraussetzungen geprüft und ggf. geschaffen werden, um Kommunen die Erprobung bzw. Etablierung von Modellen des fahrscheinfreien öffentlichen Verkehrs zu ermöglichen.“

dels untersuchen will. Dazu gehört auch die Bewertung des Modells fahrscheinloser Nahverkehr. Ein weiterer Anstoß für die Diskussionen zu diesem Thema war die Analyse des Mitteldeutschen Verkehrsverbundes (MDV) vom November 2014, mit der ein Mobilitätsszenario für den Großraum Halle-Leipzig bis 2025 entworfen wurde.

Attraktiver ÖPNV für zukunftsfähiges Land

Anhand konkreter Leistungsdaten wurden sowohl der Investitionsbedarf für die nächsten Jahre, aber auch alternative Formen der Nahverkehrsfinanzierung zur Schließung entstehender

derabgabe, allgemeine Umlagen, Veranstalter/Gästetickets usw. geeignete Finanzierungsmöglichkeiten sind, das werden weiterführende Untersuchungen und die öffentliche Debatte darüber ergeben. Weiterhin wurde diskutiert, welche Möglichkeiten zur Verringerung des Individual- und Güterverkehrs sich generell abzeichnen könnten, wo Modellprojekte zur Verbesserung des ÖPNV-Angebotes möglich sind und Verbündete dafür gewonnen werden können.

Allen war klar, die Politik muss berücksichtigen, dass in vielen Regionen nur noch ein lückenhaftes Angebot existiert, zugleich aber neue Erwartungen in allen Altersgruppen an Mobilität ge-



Damit ergeben sich für Kommunen, wie z.B. Erfurt, wo unter der Federführung von Matthias Bärwolff ein Arbeitskreis gemeinsam mit der Fachhochschule Erfurt ein Konzept erarbeitet, neue Möglichkeiten, es praxistauglich umzusetzen.

Aber auch im Landtag Nordrhein-Westfalen gab es interessante Entwicklungen. Dort konnte die Fraktion der Piraten eine Enquete-Kommission installieren, die Finanzierungsoptionen des ÖPNV in NRW im Kontext des gesellschaftlichen und technischen Wan-

finanzierungslücken beleuchtet. Ziel des Fachgesprächs waren die weitere Arbeit an der Rahmenstruktur für das Konzept sowie die Diskussion verschiedener Finanzierungsinstrumente für Anfangsinvestitionen und Finanzierung des laufenden Betriebes.

Ob die Heranziehung der Grunderwerbssteuer, der Grundsteuer, einmalige/wiederkehrende ÖPNV-Erschließungsbeiträge, städtebauliche Verträge, die Verwendung der Stellplatzablässe oder -vermietung, ein Bürgerticket, das Solidarticket, eine Arbeitgeberson-

stellt werden, dass Klima- und Umweltschutz und sozial gerechte Mobilitätsgewährleistung in Zukunft stärker berücksichtigt werden müssen.

Noch enger als bisher müssen Fragen der Mobilität mit der Landesentwicklung und Raumplanung verbunden werden. Fest steht aber, ein attraktiver öffentlicher Nahverkehr ist entscheidend für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

Dr. Gudrun Lukin, Abgeordnete der Linksfraktion im Thüringer Landtag ■

VON A BIS Z:

Landwirtschaft

Als „unzumutbar und schädlich“ kritisierte Dr. Johanna Scheringer-Wright, Abgeordnete der Linksfraktion, die kürzlich von Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt vorgestellten Kompromissvorschläge für das Freihandelsabkommen TTIP im Bereich Landwirtschaft.

„Wenn Inhaltsstoffe, so wie bei gentechnisch veränderten Produkten, nur noch mit einem Smartphone auf Verpackungen gelesen werden können, dann ist das eine unzumutbare Irreführung und Diskriminierung von Verbraucherinnen und Verbrauchern.“ Damit verkomme das Informationsrecht zu einem Privileg für wohlhabende und technikaffine Menschen. Von Barrierefreiheit sei dies meilenweit entfernt und wohl eher eine Verschleierung. Auf solche Irreführungen setzten globale Konzerne wieder einmal, um die Gentechnik in Europa gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung durchzusetzen.

Kritisch sieht die Agrarexpertin auch die Aufweichung des Schutzes der Regionalbezeichnungen für Produkte, denn sie beinhalten auch besondere Anbau- und Verarbeitungsmethoden, die oft eine lange Tradition haben. Damit werde die regionale Vielfalt der Landwirtschaft aufs Spiel gesetzt.

Jetzt komme es darauf an, unter den Agrarministern der Bundesländer und den europäischen Mitgliedsländern Allianzen zu schmieden, um den Ausverkauf der europäischen und damit auch thüringischen Landwirtschaft zu verhindern, so die LINKE-Politikerin. ■

WICHTIGE TERMINE

Plenarsitzungen des Thüringer Landtags:

Die ersten Sitzungstage des neugewählten Thüringer Landtags nach dem Jahreswechsel finden in der Zeit von Mittwoch, den 28. Januar, bis Freitag, den 30. Januar, statt.

In den Monaten danach sind Plenarsitzungen des Thüringer Landtags anberaumt (jeweils mittwochs bis freitags): vom 25. bis 27. Februar, vom 25. bis 27. März sowie am 29. und 30. April und in der Zeit vom 27. bis 29. Mai.

Presseinformationen, Hinweise zu Veranstaltungen und Aktionen, Schwerpunkt- und Diskussionsforen der Linksfraktion sowie auch deren Parlamentsreport im Internet unter:
www.die-linke-thl.de

Behinderte

Die Landesarbeitsagentur hat angekündigt, die Arbeitsvermittlung von Menschen mit Behinderung zu einem Schwerpunkt ihrer diesjährigen Arbeit zu machen und dazu verstärkt auf die Betriebe zuzugehen, die bisher die gesetzlich vorgeschriebene Schwerbehindertenquote nicht erfüllen. Die Arbeitsagentur konnte auf diesem Weg im vergangenen Jahr 240 Betroffene in sozialversicherungspflichtige Jobs vermitteln. Verwiesen wird auf die verschiedenen Fördermöglichkeiten. Während sich die Arbeitslosigkeit in Thüringen mehr als halbiert hat, ist die Zahl der Arbeitslosen mit Schwerbehinderung nach Zahlen der Arbeitsagentur um drei Prozent gestiegen. ■

Erbschaftssteuer

„Mehr Erbschaftssteuer durch den Wegfall der Überprivilegierung von besonders großen Erbschaften entspricht den langjährigen LINKEN Forderungen“, begrüßte Fraktionsvorsitzende Susanne Hennig-Wellsow das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das am 17. Dezember entschieden hatte, dass die Privilegierung betrieblichen Vermögens, das über kleine und mittlere Unternehmen hinausgeht, unverhältnismäßig ist. Mike Huster, stellv. Fraktionsvorsitzender, betonte, dass die bisherige Überprivilegierung zu Einnahmeausfällen von jährlich etwa zehn Milliarden Euro bei den Bundesländern führte, was nach dem Länderfinanzausgleich rund 250 Millionen Euro für Thüringen bedeute. ■

Kommunaltreffen

Zu einer Informations- und Diskussionsveranstaltung „Kommunalpolitische Erwartungen an die neue Landesregierung“ lädt die Fraktion DIE LINKE für den Dienstag, den 20. Januar, 17 bis 20 Uhr, in den Thüringer Landtag ein, Raum 440. Ziel der Veranstaltung ist es, über die kommunalpolitischen Aspekte des Koalitionsvertrags zu informieren, zu diskutieren und der Erwartungshaltung an rot-rot-grüne Landespolitik Raum zu geben. Konkrete Fragen und Probleme aus der kommunalen Ebene können möglichst kurz schriftlich notiert im Rahmen der Veranstaltung thematisiert werden. Die Anmeldung erfolgt über Matthias Gärtner, Mitarbeiter der Fraktion, unter gaertner@die-linke-thl.de ■